

Shareholder Value oder Interessenausgleich?

Die gravierende Finanz- und Wirtschaftskrise verlangt neben der konkreten Ursachenforschung auch Antwortworten, ob die Krise nicht systemimmanent ist, ob ein kapitalistisches Wirtschaftssystem nicht dazu führen muss, dass die Reichen immer reicher und die Armen immer ärmer werden, dass ein soziales Gleichgewicht immer weniger erreicht wird. Das kapitalistische System beschränkt sich nicht nur auf den Wirtschaftsbereich, sondern ökonomisiert alle Lebensbereiche: Gesundheitswesen, Familien- und Vereinsleben, Freizeit, Kunst usw.

Andererseits kann nicht bestritten werden, dass der Kapitalismus außergewöhnliche wirtschaftliche und wohlfahrtsbezogene Leistungen – ungeachtet aller Mängel – weltweit hervorgebracht hat.

Gibt es einen Ausweg aus diesem Dilemma?

Die Liste der Kapitalismuskritiker ist lang: Schon **Karl Marx** beschrieb vor 150 Jahren die Gefahren des Kapitalismus mit seinem zentralen Streben nach Gewinn. Die „Freiheit“ des Marktes führt nach Marx zu immer größeren sozialen Verwerfungen in der Bevölkerung eines Landes aber auch zwischen den Staaten. Nach **Strobel (1)**“ liegen die Ursachen der Krise weder bei verbrecherischen Bankern noch bei obskuren Finanzprodukten oder ahnungslosen Aufsichtsorganen, sondern im Wesen der Marktwirtschaft“. Kapitalismus ist „keine harmlose Veranstaltung zur Befriedigung menschlicher Bedürfnisse mit möglichst effizienten Mitteln, ebenso wenig ein harmloses System gleicher und freier Marktsubjekte, sondern ein „zerstörendes System“. **Böckenförde (2)**, **Hengsbach (3)**, der Papst und die EKD fordern eine andere Leitidee des Wirtschaftssystems, die die Solidarität der Menschen als tragenden Bezugspunkt hat und verweisen auf die Christliche Soziallehre.

Die Volkswirtschaftler in allen Ländern haben Erklärungsnot, weil sie nur vereinzelt Aspekte der aufziehenden Krise erkannten und sie sind sich wenig einig, wie die Krise bewältigt werden kann und künftige Krisen zu verhindern sind. Sowohl die Vertreter der empirischen Richtung der Volkswirtschaftslehre als auch die mathematischen Modellbauer haben versagt.

Der Immobilienblase Anfang der 90er Jahre in Deutschland, dem Platzen der Dotcom-Blase 2001, als auch der aktuellen Finanzkrise liegen Massenströmungen zugrunde. Durch provisionsorientierte Berater angestachelt, suchten viele nach Superrenditen, glaubten an das versprochene sorgenfreie Leben im Alter. Warum kauften Normalverdiener Zertifikate von Lehman Brothers oder legten Geld bei isländischen Banken an? Wie kam es zu diesem „Herdentrieb“ und ist er künftig vermeidbar?

Die Wirtschaftswissenschaften gehen vom *homo oeconomicus*, dem rational entscheidenden, gewinnorientierten Menschen aus. Das Streben nach hohen Renditen hat die Erfahrung, dass damit auch erhöhte Risiken verbunden sind, ausgeblendet. In der Regel werden nur die Konstrukteure und Verkäufer solcher weitgehend unverständlichen Produkte reich.

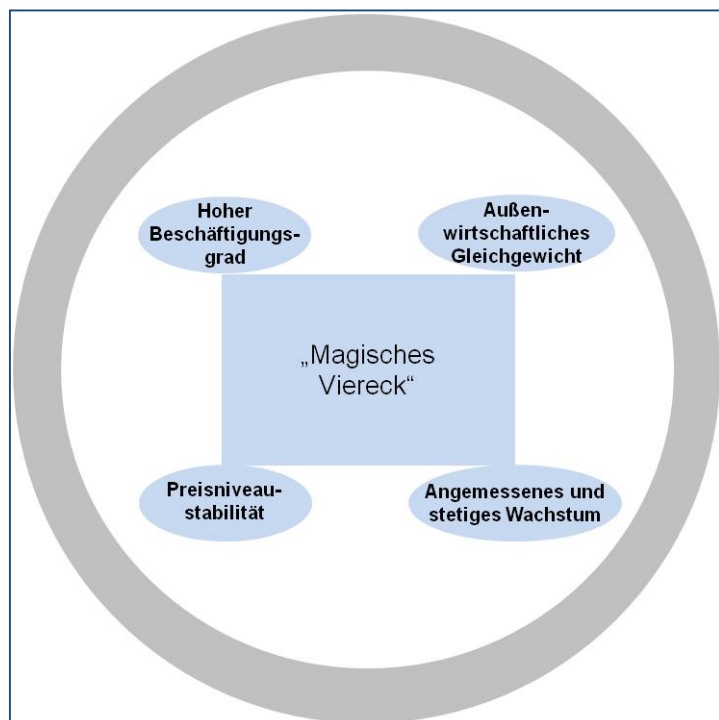
Die aktuelle Krise zeigt, dass die Menschen gar nicht rational entscheiden können, weil ihnen viele Informationen fehlen und sie deshalb verführbar und manipulierbar sind. Kein System hält auf Dauer solche Ungleichheiten aus, wo wenige Investmentbanker Riesensummen zu Lasten der Mehrheit vereinnahmen.

Wenn Spekulanten mit eigenem Geld spekulieren, können sie es bei vollem Verlustrisiko tun. Wenn aber angestellte Manager, die mit anvertrauten Geldern oder dem Geld der Gesellschaft handeln, dann kann Erfolg nicht so maßlos honoriert werden. Die Gewinne gehören entweder den Anlegern oder dem Unternehmen, und können nicht umgehend an Mitarbeitern verteilt werden, bevor sie nachhaltig erzielt sind. Langfristige Gewinnbeteiligungen können allerdings stabilisierend wirken.

In kapitalistischen Gesellschaften gelten Menschen mit hohem Einkommen und großem Vermögen als besondere Vorbilder (entsprechende „Rennlisten“ werden regelmäßig veröffentlicht). Warum werden die Menschen nicht besonders hervorgehoben, die hohe Steuern zahlen, denn sie stützen die Gemeinschaft in besonderem Maße? Nicht die cleveren Steuervermeider sollten Vorbild sein, sondern ehrliche Steuerzahler. Warum werden Steuerlisten nicht veröffentlicht – das ginge wahrscheinlich sogar freiwillig, wenn es zum guten Ton bei Wirtschaftsempfängern gehören würde, auf der Liste weit oben zu stehen.

Um künftig ähnliche „Main-Streams“ zu krisenhaften Entwicklungen zu vermeiden, muss der Staat strenge Schutzregeln erlassen; die Risiken müssen bei Anlagen deutlich benannt werden und die Akteure müssen stärker mit eigenem Geld haften. Es muss sichere Anlagen geben (wie vormals die „mündelsicheren“ Anlagen), bei denen Provisionen maximal 0,5 % betragen.

In den letzten Jahren haben die Rechte der Shareholder (Gesellschafter) dominiert; Maßstab für die Beurteilung erfolgreichen Managements waren hohe Renditen. Renditen von 25 % sind in einem funktionierenden Wettbewerb nicht ohne überhöhte Risiken erzielbar. Die Dominanz des Shareholder Value-Prinzips widerspricht den Zielen unserer demokratischen Gesellschaftsordnung, die im „Stabilitätsgesetz“ von 1967 definiert sind:

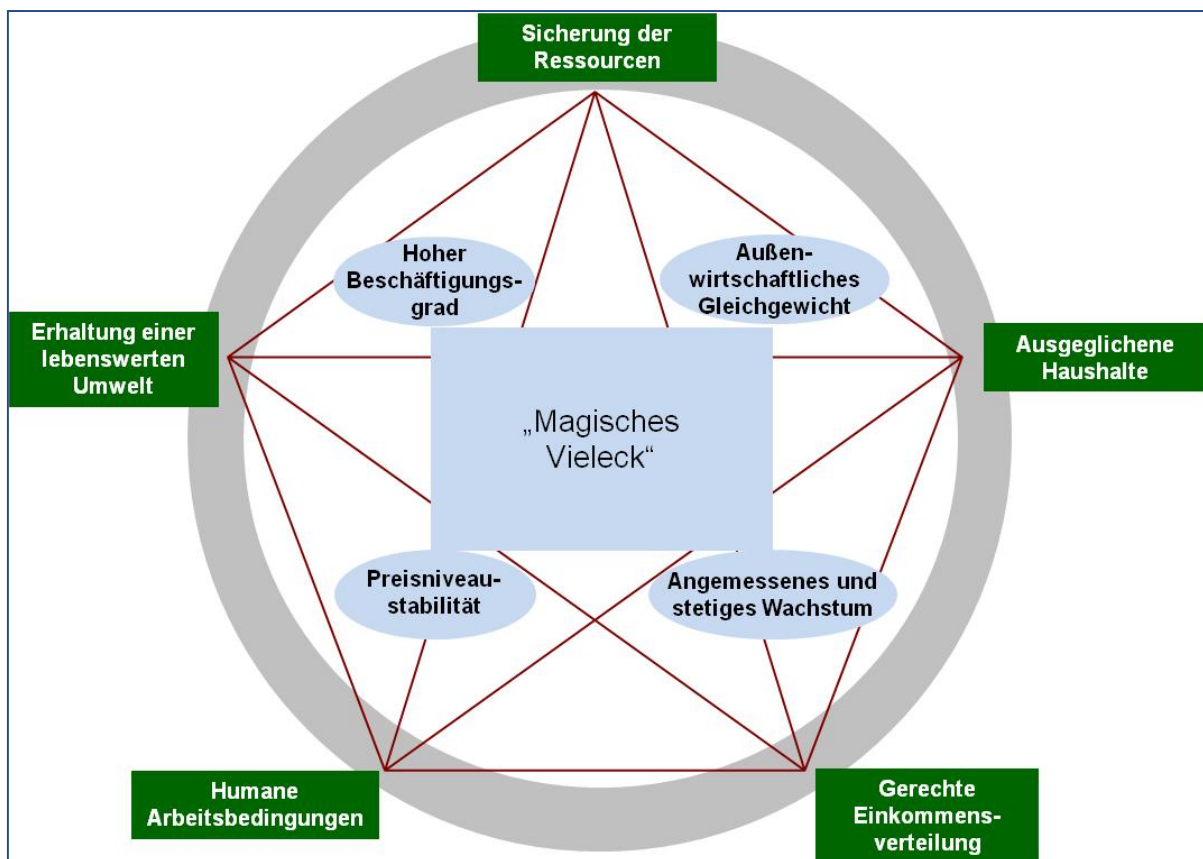


Hoher Beschäftigungsstand, außenwirtschaftliches Gleichgewicht, angemessenes und stetiges Wachstum sowie Preisniveaustabilität. Diese Ziele des „Magischen Vierecks“ bilden zusammen das Staatsziel des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts (GG Art. 109, Abs. 2).

Dabei ist das Wachstumsziel besonders umstritten, solange es nur mit der Erhöhung des Bruttozialproduktes (BIP) gemessen wird. Die Wirtschaftsweisen sind aufgefordert andere Maßstäbe zu entwickeln, die auch Sozialentwicklung und Lebensqualität berücksichtigen.

Diese Ziele des „Magischen Vierecks“ sind vor dem Hintergrund der ökologischen Gefahren, der Erhaltung des inneren Friedens und der Generationengerechtigkeit noch mit folgenden Zielen zu aktualisieren: Erhaltung einer lebenswerten Umwelt, Sicherung der Ressourcen, ausgeglichene Haushalte, gerechte Einkommensverteilung, humane Arbeitsbedingungen.

Primäre Aufgabe der Geldwirtschaft (Banken) ist es dabei diese Zielerreichung der Realwirtschaft zu unterstützen. Da Geld ein virtuelles Gut ist, kann es sich von der Realwirtschaft lösen und riesige Volumen auftürmen, die dann wie der Turmbau zu Babel an der Gigantomie einstürzen und das gesamte Wirtschaftssystem bedrohen.



Als primäre Aufgaben der Politik sind die massivsten Störungen der Zielerreichung zu reduzieren. Die Würde vieler Menschen verlangt, dass sie die Möglichkeit erhalten, sich und ihre Familien durch Arbeit zu erhalten und im Alter nicht von Armut bedroht zu sein. Sozialpolitik darf nicht nur Alimentierung Bedürftiger sein, sondern ist primär Beschäftigungspolitik. Auch klafft zwischen Schule und Arbeitswelt eine zu große Lücke. Schule muss auch auf „Berufsfähigkeit“ vorbereiten, dazu gehören nicht nur Vermittlung von kognitiven Kenntnissen, sondern auch Belastbarkeit und Verlässlichkeit. Dazu müssen Schulen besser ausgestattet und die Lehrerfortbildung ausgebaut werden. Durch die veränderte Arbeits-

strukturen wird der erste Arbeitsmarkt nicht mehr genügend Arbeitsplätze zur Verfügung stellen können, deshalb müssen durch geeignete Maßnahmen im halbstaatlichen Bereich neue Stellen geschaffen werden, statt bezahlter Arbeitslosigkeit.

Zum Ausgleich der Haushalte sind primär die Ausgaben zu überprüfen. Wenn dann noch Defizite unvermeidlich sind, dürfen sie nicht zukünftigen Generationen in Form von Schulden auferlegt werden, sondern müssen durch Steuererhöhungen nach dem Tragfähigkeitsprinzip (wer kann höhere Steuern tragen?) ausgeglichen werden.

Zum Abbau der riesigen Haushaltsdefizite im Zusammenhang mit der Rettung der Finanzmärkte wäre auch ein Lastenausgleich denkbar, dass Großanlegern, die von der Rettung des Finanzsystems besonders profitierten, ein Lastenbeitrag auferlegt wird.

Im internationalen Vergleich werden Vermögende bei uns nur mit 0,9 % des BSP steuerlich belastet, viermal niedriger als in den USA. Die Anhebung der Vermögenssteuern auf das Durchschnittsniveau der 15 alten EU-Länder würde nach Berechnungen des DIW jährlich 25 Mrd. Steuermehreinnahmen bewirken. Den Risiken der Steuerflucht, kann nur in internationaler Zusammenarbeit und konsequenter Bestrafung begegnet werden.

Nur gemeinsames und konsequentes Handeln aller großen Wirtschaftsnationen (G20) kann verhindern, dass es wieder zu solchen Fehlallokationen kommt. Anstelle des übersteigerten Gewinnstrebens muss eine faire Verteilung der wirtschaftlichen Wertschöpfung treten. Dabei müssen auch die berechtigten Interessen armer Länder berücksichtigt werden, sonst setzen Völkerwanderungen ein, von denen wir noch keine Vorstellung haben. Ohne Erhaltung unserer Umwelt sind Kriege um die restlichen Ressourcen unvermeidlich. Nur eine faire Chancenverteilung im Lande und zwischen den Ländern schafft und erhält Frieden, die wesentliche Voraussetzung für eine krisenarme wirtschaftliche Entwicklung.